

Antragsteller: UB Bremen-Stadt

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der Landesparteitag der SPD Land Bremen möge beschließen:

A2: Eine Schule für Alle!

1 Schule muss in weiten Teilen neu gedacht werden. Der Gedanke, auf dem die Bremische Bil-
2 dung basiert, ist der eines qualitativ hochwertigen Unterrichts, welcher erfolgreiche Lernpro-
3 zesse und gemeinsames Lernen verbindet. Dies kann nur durch eine gesamte Neugestaltung
4 des Bremer Schulkonzeptes geschehen, damit die individuellen Stärken und Bedürfnisse der
5 Schüler:innen berücksichtigt und gefördert werden können.

6 Das Ziel von Schule, an dem sich dieses Konzept der Neugestaltung orientiert, ist zum einen
7 möglichst lange das gemeinsame Lernen für alle Schüler:innen zu ermöglichen und die gesell-
8 schaftliche Durchmischung innerhalb der Schulen zu fördern. Zudem sollte Schule die Mög-
9 lichkeit bieten, ein System zu konstruieren, in dem die verschiedenen Entwicklungsgeschwin-
10 digkeiten und -schübe eines Kindes, bzw. Jugendlichen berücksichtigt werden und den Lern-
11 prozess im individuellen Tempo fördern.

12

13 Die allgemeine Struktur des bisherigen Bremer Schulsystems besteht aus einer Trennung der
14 Schüler:innen auf Gymnasien und Oberschulen. Bereits nach der vierten Klasse, zu einem
15 Zeitpunkt, an dem noch nicht vorhersehbar ist, wie die weitere schulische Entwicklung eines
16 Kindes vorangehen wird, werden diese in zwei verschiedene Schulformen aufgeteilt.

17 Auch die gesellschaftliche Spaltung der Schüler:innen stellt ein Problem dar. Auf Gymnasien
18 finden sich überwiegend Akademikerkinder. So werden Kinder schon früh auf wenige Gesell-
19 schaftgruppen beschränkt. Zudem werden Akademikerkindern durch die eigenen Eltern
20 schon oft in der vierten Klasse und früher schulischer Druck entgegengebracht, damit diese
21 eine Gymnasialempfehlung bekommen. Diesem Druck sind Viertklässler:innen, die offen-
22 sichtlich noch Kinder sind, häufig nicht gewachsen, so dass für einige Kinder die vierte
23 Klasse zur Last wird. Zudem ist die geringe Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schul-
24 formen problematisch. Falls ein:e Schüler:in feststellen sollte, dass der in der Grundschule
25 prognostizierte Weg auf der ausgesuchten Schule nicht der richtige ist, muss die Schule ge-
26 wechselt werden.

27

28 Auch der bereits genannte Leistungsdruck, welcher schon bei Grundschüler:innen herrscht, ist
29 ein großer Nachteil des bisherigen Schulsystems. Besonders durch die Bewertung der

30 Schüler:innen in Form von Noten entsteht ein zusätzlicher, vermeidbarer Leistungsdruck bei
31 den Schüler:innen.

32

33 Ein weiteres Problem innerhalb der Schulen ist der fast ausschließlich stattfindende Frontal-
34 unterricht. Ein Unterricht, wie man ihn in der Schule erlebt, ist weit weg von der späteren Le-
35 bensrealität der Schüler:innen. Im Frontalunterricht werden Fähigkeiten wie zum Beispiel das
36 eigenständige lösungsorientierte Arbeiten an Problemen wenig gefördert, der Unterricht fin-
37 det oft auf einer sehr theoretischen Ebene statt. Weitere wichtige Kompetenzen wie das Zu-
38 sammenarbeiten in Gruppen, werden auch nur bedingt in der Schule erlernt.

39

40 Außerdem sind die Hausaufgaben eine Belastung für Schüler:innen. Nach der Schule sollten
41 alle Schüler:innen ein Recht auf Freizeit haben und sollten sich nicht weiter mit der Schule
42 beschäftigen müssen.

43

44 Aber auch die aktuellen Kurs- und Klassengrößen sind für die Unterrichtsqualität problema-
45 tisch. Um bessere Standards zu erreichen, müssen die Lerngruppen an Schulen in ihrer Zahl
46 der Teilnehmer:innen stark verkleinert werden. Dies hätte den Vorteil, dass Lehrkräfte indivi-
47 dueller auf die unterschiedlichen Lernbedürfnisse der Schüler:innen eingehen können.

48 Dem entgegen steht aber der aktuelle Lehrkräftemangel. Laut Zahlen des Statistischen Bun-
49 desamtes aus dem Januar 2024 arbeitet in Bremen jede zweite Lehrkraft in Teilzeit, wobei im
50 gesamten Bundesgebiet nur in Hamburg mehr Lehrkräfte in Teilzeit sind.

51

52 Ein weiteres Hindernis ist das allgegenwärtige Machtgefälle zwischen Schüler:innen und
53 Lehrpersonal. Dieses Problem wird man nicht überwinden können, aber es können Maßnah-
54 men für Schüler:innen ergriffen werden, um sie vor den problematischen Auswirkungen, wel-
55 che daraus resultieren können, zu schützen, da auch die Schulleitungen im Falle von Proble-
56 men nicht immer die besten Ansprechpartner sind.

57

58 Und neben den verschiedenen Aspekten bezüglich des Unterrichtes sind auch die Schulmen-
59 sen wichtig. Mittagessen ist teuer. Je nach Schule kostet ein Essen zum Beispiel am Kippen-
60 berg-Gymnasium in Schwachhausen 4,60 €. Für Menschen mit dem Bremer Pass kostet das
61 Essen zwar jedes Mal nur einen Euro, aber auch das ist teuer, besonders, wenn mehrere Kin-
62 der aus finanziell eher schwach aufgestellten Familien in der Mensa essen oder mehrmals in
63 der Woche Nachmittagsunterricht haben.

64 Außerdem sollte dazu festgehalten werden, dass es einige Schulen gibt, die im Moment keine
65 eigene Schulmensa nutzen können oder grundsätzlich kein Mensaangebot besitzen. Ein Bei-
66 spiel ist dabei das Schulzentrum Rübekamp. Trotz dort stattfindendem Nachmittagsunterricht
67 verfügt die Schule nicht über ein eigenes Mittagsangebot.

68

69 Ein weiteres Beispiel ist auch die Wilhelm-Focke-Oberschule in Horn. Die Mensa ist dort, ne-
70 ben der Turnhalle und der Aula, aktuell aufgrund einer Einsturzgefahr des Gebäudekomplexes
71 nicht betretbar, die Schüler:innen können dort lediglich in einem Essenszelt Mittagessen. Da-
72 bei wird auch ein weiteres Problem Bremer Schulen deutlich: Der Sanierungsbedarf an Bre-
73 mer Schulen ist groß. Viele Schultoiletten sind in so schlechten Zuständen, dass die Schü-
74 ler:innen diese ungern und so selten wie möglich aufsuchen. Dabei sind diese nicht das ein-
75 zige Problem in Bremen: Laut Zahlen von buten un binnen aus dem Dezember 2023 sind von
76 insgesamt 139 Bremer Schulsporthallen 15 nicht in Betrieb, meist gelten diese aufgrund ma-
77 roder Dächer als einsturzgefährdet. Daran lässt sich gut der bauliche Sanierungsbedarf an Bre-
78 mer Schulen erkennen.

79

80 **Deshalb fordern wir:**

81

- 82 • eine einheitliche Einführung von Gesamtschulen ab der 7. Klasse, mit Grundschulen
83 bis zur 6. Klasse, mit einem einheitlichen G9 zum Erreichen des Abiturs
- 84 • die Abschaffung der Schulempfehlung in der Grundschule, solange die verschiedenen
85 Schulformen noch existieren.
- 86 • die Abschaffung der Benotung bis zur 10. Klasse.
- 87 • die Abkehr vom bisherigen Frontalunterricht hin zum gemeinsamen, fächerübergrei-
88 fenden, projektorientierten Lernen für alle Schüler:innen. Dazu soll der Kontakt mit
89 außerschulischen Akteuren gesucht werden, damit Schulen keine abgeschlossenen
90 Lernorte bleiben.
- 91 • die Abschaffung von Hausaufgaben.
- 92 • die Anpassung der Klassengrößen, wobei die Zielzahlen pro Kurs, beziehungsweise
93 Klasse, in Grundschulen mittelfristig bei maximal 19 Schüler:innen, ab der Mittelstufe
94 bei maximal 21 und ab der Oberstufe bei 24 Schüler:innen liegen sollen.
- 95 • Um die hohe Teilzeitquote im Land Bremen zu senken, müssen wir geeignete Maß-
96 nahmen finden, die die Bedürfnisse von Schüler*innen und Lehrkräfte gleichermaßen
97 berücksichtigt.

- 98 • eine externe Meldestelle für Schüler:innen zu Problemen mit Lehrkräften und Schul-
- 99 leitungen.
- 100 • ein verpflichtendes, vegetarisches und für die Schüler:innen kostenfreies Mensaange-
- 101 bot, welches durch staatliche Bezuschussung finanziert wird.
- 102 • die systematische Erfassung der Bauzustände der Bremer Schulen mit rechtzeitigen
- 103 Wartungen und Sanierungen.
- 104
- 105 Im SPD-Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2023 heißt es: „Nur durch die Schule für alle
- 106 können alle Schüler:innen ausreichend gefördert werden. Dies bleibt weiter langfristiges Ziel
- 107 sozialdemokratischer Bildungspolitik.“
- 108 Der beschlossene Schulkonsens aus dem Jahr 2018 zwischen SPD, CDU, DIE GRÜNEN und
- 109 DIE LINKE läuft im Jahr 2028 aus. Um tatsächlich ein Bildungssystem zu schaffen, das allen
- 110 Schüler:innen gerecht wird, sollen die oben genannten Forderungen im Jahr 2028 umgesetzt
- 111 werden, um die Chance für die Entstehung eines gerechteren Bildungswesens zu nutzen.